



Wolfgang Prauser

Sind unsere segregierten Stadtteile noch zu retten?

Wollen wir Segregation eigentlich wirklich verhindern? Segregation ist eine Entwicklung, die unzweifelhaft unsere Städte stark strukturiert: Hier das Villenviertel für Versicherungen, Ärzte und Rechtsanwälte, da das Reihenhausesgebiet für die sparsame Mittelschicht, dort der Kiez für das alternative Publikum, immer mal wieder ein Durchschnittsstadtteil für die breite Masse – und irgendwo dann das Quartier mit dem „besonderen Erneuerungsbedarf“ für die benachteiligten Bevölkerungsgruppen... Jeder wohnt mit den Nachbarn zusammen, mit deren Lebensform er am ehesten übereinstimmt; Segregation als Zeichen von Freiheit, sich auch das Wohnumfeld nach seinen Wünschen auszusuchen? Da liegt die Frage sehr nahe, ob wir Segregation wirklich verhindern und ob wir wirklich am Ideal durchmischter Wohnquartiere festhalten wollen. „Das würde sicher sehr anstrengend für uns alle werden“ – so eine Aussage auf dem Podium des vhw-Symposiums „Integration – Sta(d)tt – Segregation. Perspektiven einer integrativen Stadtgesellschaft“ im Mai 2008. Freiheit statt Anstrengung?

Grundsätzlich wäre gegen eine solche Überlegung möglicherweise wenig einzuwenden – wenn denn erstens wirklich alle weitestgehend zufrieden mit „ihrem“ Stadtteil wären und zweitens sichergestellt werden kann, dass durch diese soziale Trennung nicht unübersehbare oder kaum zu lösende Folgeprobleme hervorgerufen werden. Beides kann getrost verneint werden.

Man kann sicher davon ausgehen, dass die Wegziehenden dies fast immer freiwillig tun in der Erwartung einer Verbesserung der eigenen Wohnsituation. Aber: Kaum jemand wird ernsthaft behaupten wollen, dass sich die Bewohner der benachteiligten Quartiere wirklich freiwillig danach gedrängt hätten, gemeinsam mit der kulturell vollständig heterogenen Gruppe der Chancenärmsten der Gesellschaft in einem Stadtteil zu leben – alle Konflikte des täglichen Zusammenlebens inklusive. Alleinerziehende Mütter, Arbeitslose, Migranten, Behinderte, Drogenabhängige, Rentner etc. – die Homogenität dieser Bevölkerungsmischung beschränkt sich weitgehend auf den häufigen Bezug von Transferleistungen und das Stigma, zu einer „Problemgruppe“ zu gehören. Die Freiheit des Wegzugs aus ungeliebten Quartieren ist insofern lediglich eine Freiheit der Besserverdienenden zu Lasten der weniger mobilen „Restbevölkerung“, die in den dann noch unattraktiveren Wohnquartieren in einer hohen Konzentration verschiedenster Problemlagen allein

gelassen wird. Gerade diese Kombination aus Problemvielfalt und -dichte einerseits mit den sehr geringen Eigenkräften der Bewohnerschaft und den sich in solchen Quartieren durchsetzenden integrationsbeeinträchtigenden Handlungsmustern und Normen andererseits entsteht ein Klima, das eine selbständige Abwärtsspirale insbesondere unter Kindern und Jugendlichen in Gang setzt, die ab einer bestimmten Eigendynamik auch von zusätzlichen Sozialarbeitern nicht mehr in den Griff zu bekommen ist.

Können wir Segregation denn überhaupt stoppen oder umkehren?

Wenn Segregation das Recht der Besserverdienenden auf eine räumliche Distanz zu sozialen Problemlagen bedeutet mit der Auswirkung, dass zurückbleibende hohe Problemkonzentrationen zu sich selbst verstärkenden Prozessen in benachteiligten Quartieren sowie zu deutlich reduzierten Entwicklungschancen der dort wohnenden Menschen führt, ergibt sich hieraus ein dringender Handlungsdruck sowohl für die Sozialpolitik als auch für die Stadtentwicklung, auf den in der Vergangenheit in unterschiedlicher Weise reagiert wurde.

Aber lässt sich denn der Trend zur Segregation – selbst wenn wir wollten – überhaupt durch Stadtentwicklungsmaßnahmen bremsen, stoppen oder gar umkehren? Einige Beispiele:

Gentrifizierung z.B. bezeichnet einen Prozess der Umkehrung der Segregationstendenzen: Kreativere Bevölkerungsgruppen (meist Studenten, Künstler etc.) entdecken einen Stadtteil mit ursprünglicher Konzentration benachteiligter Personengruppen und tragen durch ihre Zuwanderung schließlich zu einer massiven Imageveränderung des Quartiers bei. Der folgende Zuzug besser verdienender Zielgruppen führt schließlich zu einer Verdrängung der ursprünglichen Bevölkerung. Diese Variante stellt natürlich keinerlei Lösung der ursprünglichen sozialen Probleme dar und sei hier nur als Beleg dafür genannt, dass eine Beeinflussung der Bevölkerungszusammensetzung in einem Stadtteil durch Stadtentwicklungsmaßnahmen grundsätzlich möglich ist.

Vielfältige Beispiele belegen aber, dass eine positive Veränderung der Bevölkerungsstruktur auch durch behutsamere Maßnahmen und ohne Vertreibung möglich ist. So sind in den sozial belasteten Hochhausvierteln der siebziger Jahre (z.B. Hannover-Vahrenheide) in den vergangenen Jahren verschiedentlich einzelne Gebäude mit Belegungsrechten und hohem Leerstand abgerissen und durch Wohnformen anderer Bevölke-



rungsgruppen ersetzt worden (z.B. Reihenhäuser). Im Stadtteil Veddel in Hamburg wurden – neben sonstigen sozialen und (städte)baulichen Aufwertungsmaßnahmen – z.B. mehr als 100 leerstehende Wohnungen gezielt für studentisches Wohnen umgebaut und bereitgestellt.

Die starke Konzentration von Armutsbevölkerung in einzelnen Quartieren führt aufgrund der verringerten Kaufkraft (und der oft vernachlässigten Bausubstanz) in der Folge meist auch zu einer massiven Segregation und einem „Trading down“ im lokalen Einzelhandel: Attraktive Läden verlassen den Stadtteil, Wettbüros, türkische Kulturclubs, Secondhand-Läden, Telefonläden etc. übernehmen deren Räumlichkeiten bei deutlich steigender Fluktuation und zunehmendem Leerstand. Das auf diese Weise unattraktiver gewordene Einzelhandelsangebot signalisiert wiederum mindere Wohnqualität und verstärkt damit die Segregationstendenzen im Stadtteil. In einem Projekt im innenstadtnahen Linden-Süd in Hannover konnte dieser Prozess gestoppt werden, indem im Rahmen eines Gesamtkonzeptes junge und kreative Existenzgründer mit „Pioniergeist“ angesiedelt, Vermieter zur Fassadensanierung angeregt, Blumenkübel aufgestellt, ein Marketingkonzept erarbeitet, ein Logo und eine Marke „Deisterkiez“ für die neue Initiative abgestimmt und ein aktiver Verein der Geschäftsleute initiiert sowie verschiedene weitere Maßnahmen durchgeführt wurden. Inzwischen hat sich der Ruf der Straße deutlich verbessert, können auch wieder Läden vermietet werden. Die Geschwindigkeit der bisherigen Entwicklung und die Einbindung einer Reihe der bisherigen Einzelhändler lässt ein unkontrolliertes Umkippen in Richtung Gentrifizierung nicht erwarten.

Deutlich wird, dass die Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung in diesen Beispielen nicht zwingend zu einem wirklichen Zusammenleben der Bewohner im Quartier führt, häufig genug wird es bei „Parallelwelten“ der unterschiedlichen Gruppen bleiben. Die Vision einer gemischten Gesellschaft, in der alle Bürger ohne soziale und kulturelle Grenzen in einer harmonischen Nachbarschaft zusammenleben, ist vielleicht schön, aber sicher unrealistisch. Ziel muss jedoch eine Entschärfung der ansonsten konzentrierten und brisanten Mischung aus verschiedenen Problemlagen in einzelnen Wohngebieten sein, um überhaupt eine Chance zu haben, mit begleitenden zusätzlichen Infrastrukturmaßnahmen nennenswerte Effekte zu erzielen.

Revitalisierung segregierter Quartiere durch Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Ein wichtiger Indikator für die Segregation und dadurch entstehende benachteiligte Stadtquartiere ist das Ausmaß des vorhandenen bürgerschaftlichen Engagements. Selbständige Bewohneraktivitäten im Stadtteil sind zum einen ein Beleg für die Verbundenheit, für die Identifikation mit dem Quartier und führen zudem zu einer Belebung und Ausweitung der Infrastrukturangebote und damit zu einer größeren Attraktivität

des jeweiligen Lebensraumes. Bürgerschaftliches Engagement spielt in benachteiligten Quartieren eine eher untergeordnete Rolle, sehr unvollständig ausgeglichen wird dies teilweise durch eine notwendige Ausweitung der hauptamtlichen Dienstleistungen.

Bildung und Unterstützung „Selbsttragender bürgerschaftlicher Strukturen“ ist daher eine der zentralen Forderungen in der sozialen Stadtentwicklung. Dieser Auftrag wird gelegentlich derart stark in den Mittelpunkt der Aufgabenstellungen gerückt, dass sich manchmal der Eindruck aufdrängt, es ginge darum, dass sich benachteiligte Stadtteile – wie bereits von einem Baron Münchhausen berichtet – samt Pferd an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen: Wenn die Bürger schon die größten Probleme haben, dann sollen sie sie am besten selbst lösen. Die Initiierung bürgerschaftlichen Engagements stellt bereits in Mittelschichtquartieren eine ambitionierte Aufgabe dar, aber in den problematischeren Stadtteilen kommt man damit sehr schnell an die Grenzen der Leistbarkeit.

Grundsätzlich wird die Lösung der massiven sozialen Probleme im Quartier – soweit sie überhaupt im Stadtteil zu lösen sind – eine Aufgabe sein, die durch eine Ausweitung der Infrastruktur anzugehen ist. Aber wenn das Ziel einer nachhaltigen positiven Veränderung und Stabilisierung dieser Wohngebiete erreicht werden soll, wird es in hohem Maße darauf ankommen, das Eigenleben des Stadtteils, die bürgerschaftlichen Aktivitäten in ihrer ganzen Vielfalt in ihrer Entwicklung zu fördern und zu unterstützen.

Ebenso wenig wie der Rechenunterricht in der ersten Klasse der Grundschule mit der Integralrechnung beginnt, kennt auch bürgerschaftliches Leben nicht nur Planungsbeteiligung, sondern vielfältige Formen und Stufen: Sei es das Kuchenbacken für das Sommerfest des Kindergartens, die Mithilfe bei der Einschulungsfeier der Grundschule, das Engagement im Elternbeirat der Schulklasse oder die Beteiligung bei Stadtteilsten. Sei es die selbständige Organisation von Nachbarschaftsaktivitäten, der Trainerjob im Sportverein, die Mitarbeit bei der Feuerwehr oder nur beim Osterfeuer oder gar der Vorstandsposten in einem Verein oder einer Kirchengemeinde, die Organisation eines Tauschringes oder einer Lebensmittelkooperative, das Engagement in einer Bürgerinitiative oder vieles andere mehr. Beteiligung in einem Forum zur Diskussion von Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen stellt dabei angesichts der abstrakten Aufgabenstellung nur die „Königsklasse“ auf der Leiter des bürgerschaftlichen Engagements dar.

Ähnlich vielfältig wie die Formen von Beteiligung sind auch die Möglichkeiten, förderlich auf seine Entwicklung einzuwirken. In vielen Stadtteilen gibt es das Modell der Nachbarschaftsarbeit: Bürger werden motiviert, einfache wohnortnahe Freizeitveranstaltungen unter Anleitung selbst zu organisieren und durchzuführen. Aus mehreren derartigen Aktiven kann eine erste Initiative gebildet werden, die sich zunächst „nur“ für den Veranstaltungsbereich zuständig fühlt, sich später aber leichter auch in Stadtteilentwicklungsprozesse einbringen wird.



Beispiele

Aus Berlin stammt das Beispiel der „KiezAktivKassen“, die das Land Niedersachsen nach einer derzeit laufenden Modellphase möglicherweise landesweit unter dem abgewandelten Namen „StadtteilAktivKasse“ fördern will: Wenn sich in einem Stadtteil eine Jury aus interessierten Bürgern bildet (oder gebildet wird), die selbst Eigenmittel (z.B. Zuschüsse der örtlichen Kommune, Spenden der lokalen Wirtschaft oder auch eigene Tombolaerlöse) aufbringen, werden diese vom Land um den gleichen Betrag (bis max. 2.500,- €) aufgestockt. Diese Gesamtsumme, meist 5.000,- €, werden von den Bürgern in der Jury selbständig nach eigenen „Vergaberichtlinien“ an einzelne oder Gruppen von Bürgern vergeben, die finanzielle Unterstützung für selbstorganisierte Aktivitäten zur Verbesserung des Zusammenlebens im Stadtteil beantragen – hauptamtlich betriebene Einrichtungen oder Träger haben keine Chance.

Einen „Erdrutsch“ in Sachen Bürgerengagement haben diese Kassen bislang offensichtlich nirgends ausgelöst, aber die Möglichkeit der niedrigschwelligen Beantragung der kleinen Beträge (max. 750,- € pro Projekt) haben in fast allen Stadtteilen einer Reihe von Bewohnern den letzten Kick zur Eigeninitiative im Interesse des Gemeinwesens gegeben. Oft genug sind auf diesem Weg dauerhafte Akteure in der Stadtteilentwicklung erwachsen, auch für die Mitglieder der Jury sind die StadtteilAktivKassen ein interessantes Medium zum Einstieg in die eigene Beschäftigung mit den Handlungsfeldern im Wohnumfeld.¹

Die Mitarbeiter der „Vernetzten Stadtteilarbeit Kronsberg“ (Hannover) verstehen ihre Einrichtung selbstverständlich auch als Schule für bürgerschaftliches Engagement und Eigeninitiative: Im Spielhaus gibt es nicht nur professionelle „Angebote“, zu denen Kinder „geschickt“ werden, sondern insbesondere Eltern von Vorschulkindern werden gezielt in die Betreuung ihrer Kinder eingebunden mit dem Ziel der Selbstorganisation. Der ebenfalls von den Mitarbeitern initiierte Kulturclub entwickelt und organisiert inzwischen eigene Veranstaltungen – in Ergänzung und zur Unterstützung des ohnehin bestehenden Programms des Hauses. Selbstorganisierte Mutter-Kind-Gruppen und gelegentlich auch Jugendcliquen, die z.B. alleine einen Tanz einüben wollen, finden hier Raum, fachliche Beratung und Unterstützung.

Als Reaktion auf das Problem der Bildungsbenachteiligung vor allem der Kinder aus Migrantenfamilien wurde in Hannover Linden-Süd durch das Quartiersmanagement ein vernetztes Konzept der Elternbildung und Sprachförderung u.a. nach der Methode „Rucksack“ initiiert, an dessen Umsetzung inzwischen alle Kindertagesstätten, die Grundschule sowie einige weitere Einrichtungen mitarbeiten. Etwa 80 Teilnehmer pro Jahr beteiligen sich an den durch angeleitete Migranten durchgeführten vielfältigen Gruppenangeboten für Eltern von null- bis zehnjährigen Kindern, das entspricht jährlich 12,5% der Familien im Stadtteil. Ausgehend von dieser inzwischen entstandenen

und jährlich wachsenden „Eltern- bzw. Mütter-Community“ hat sich nach nur eineinhalb Jahren ergänzend ein vielfältiges Veranstaltungsangebot vom SecondHandBasar für Kindersachen über ein Elterncafé an der Grundschule, vom Fahrradkurs über Familienfeste bis hin zur Begleitung einer Elternbefragung an der Grundschule und zu regelmäßigen (ca. halbjährlichen) Gesprächen im Rahmen eines gemeinsamen Frühstücks der überwiegend ausländischen Frauen mit der Bezirksbürgermeisterin entwickelt.

Diese Liste der Best-Practice-Beispiele ließe sich noch erheblich verlängern, die Internetseiten www.sozialestadt.de, www.stadtteilarbeit.de und andere weisen jede Menge Anregungen auf. Ziel muss es sein, dass Bürger mithilfe ihrer Stadtteil zu lebendigen Gemeinwesen mit sozialen Netzen und Kommunikationsstrukturen zu entwickeln. Gerade in problematischen Stadtteilen ist diese breite Aktivierung eine umfangreiche Aufgabe, die nur durch eine gemeinsame Initiative möglichst aller örtlichen Infrastruktureinrichtungen und Vereine geschultert werden kann.

Die sich mehr und mehr durchsetzende Philosophie, dass Stadtteilentwicklungsprozesse nur durch ein ressortübergreifendes ganzheitliches Vorgehen nachhaltige Wirkung entfalten können, kommt dieser Zielsetzung entgegen. Zweifellos gibt es leider noch kein Rezeptbuch, mit dem jeder Stadtteilakteur die komplette Liste der Zutaten und die Form und Reihenfolge ihrer Verwendung einfach ablesen könnte – mit Erfolgsgarantie für ein engagiertes Gemeinwesen als fertiges Produkt. Ganz sicher muss an Methodik und Konzepten weiter gefeilt und entwickelt werden, ein Prozess, zu dem „try“, aber leider eben ganz sicher auch „error“ gehören werden. Die bisherigen Beispiele machen aber Hoffnung, dass eine Belebung incl. bürgerschaftlichem Engagement auch in benachteiligten Quartieren möglich ist – und letztlich: Haben wir denn überhaupt eine Alternative zu diesem mühsamen Weg?

Von den Programmverantwortlichen von Stadtentwicklungsprogrammen wie „Soziale Stadt“ wünsche ich mir, dass sie vielleicht (ähnlich der „Vorbereitenden Untersuchung“) schon als Antragsvoraussetzung festschreiben, dass im Vorfeld drei bis fünf Jahre vor dem „eigentlichen“ Förderzeitraum zunächst in einer Gemeinschaftsinitiative gezielt der Boden vorzubereiten ist für bürgerschaftliches Engagement und bürgerschaftlich mitgestaltetes Stadtleben. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass ein zu Beginn des Förderzeitraumes hastig eingerichtetes Stadtteilbüro mit dieser Aufgabe hoffnungslos überfordert ist.

Wolfgang Prauser

Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadtteilkulturarbeit, Quartiersmanagement Linden-Süd, Initiator der Webseite www.stadtteilarbeit.de, Hannover

¹ Eine ähnliche Funktion übernehmen Quartierfonds, wie sie fast überall in den Fördergebieten der „Sozialen Stadt“ existieren.